

Rechtsanwälte und Fachanwälte | Uhlstraße 19-23 | 50321 Brühl

Landratsamt des
Landkreises Sächsische Schweiz – Osterzgebirge
Herrn Geisler
Fax: 03501/515-4209
Mail: ordnungsamt@landratsamt-pirna.de

EILT! Sofort vorlegen!

Unser Zeichen	Sachbearbeiter	Sekretariat	Datum
678/15 MF16SW RA Felser		Frau Howanski kanzlei@felser.de	29.08.2015

Eine Kanzlei im Netzwerk von
kuendigungsschutzzentrum.de

**Allgemeinverfügung Versammlungsverbot Heidenau vom
27.8.2015
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von heute
Aufhebung Versammlungsverbot und Beschluss OVG Bauten**

Sehr geehrter Herr Geisler,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss von heute den
Beschluss des OVG Bautzen aufgehoben und die aufschiebende
Wirkung des Widerspruchs des Antragstellers, Herrn Michael
Fengler, gegen die Allgemeinverfügung wiederhergestellt. Die
Allgemeinverfügung ist damit nicht mehr vollziehbar.

Wir stellen Ihnen eine beglaubigte Kopie des Beschlusses des
Bundesverfassungsgerichts im Parteibetrieb zu mit der Bitte, uns
den Empfang unverzüglich zu bestätigen. Eine Bestätigung per
Mail an kanzlei@felser.de oder auf diesem Schreiben reicht uns
aus.

Mit freundlichen Grüßen


Michael W. Felser
Rechtsanwalt

Ich habe die beglaubigte Abschrift des Beschlusses am 29.8.2015
erhalten.

Name, Funktion

.....

Unterschrift, Datum

.....

Michael W. Felser
Rechtsanwalt

Eva Gerz*
Rechtsanwältin und Fachanwältin
für Familienrecht

Jessica Seifert*
Rechtsanwältin und Fachanwältin
für Arbeitsrecht

Boris Schenker*
Rechtsanwalt

* angestellte Rechtsanwälte

Uhlstraße 19-23 · 50321 Brühl**
Tel.: (02232) 94 50 40-0
Fax: (02232) 94 50 40-50
Mail: bruehl@felser.de

Saliering 43 · 50677 Köln**
Tel.: (0221) 33 77 51-0
Fax: (0221) 33 77 51-77
Mail: koeln@felser.de

www.felser.de
www.felser.de/blog

Gerichtsfach BR 435
Ust.-Id.-Nr. 173911918

Geschäftskonten
Kreissparkasse Köln
IBAN: DE12 3705 0299 0120 0052 99
BIC: COKSDE33

VR Bank Rhein-Erft
IBAN: DE15 3716 1289 0036 2690 14
BIC: GENODE1BRH

Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE42 3705 0198 1930 4040 31
BIC: COLSDE33

Fremdgeldkonto
(bitte nicht für Honorare nutzen)
Kreissparkasse Köln
IBAN: DE54 3705 0299 0120 0058 04
BIC: COKSDE33

** Post nur an Brühler Adresse

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT**- 1 BvQ 32/15 -****IM NAMEN DES VOLKES**

In dem Verfahren
über den Antrag
im Wege der einstweiligen Anordnung

unter Aufhebung des Beschlusses des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 28. August 2015 - 3 B 276/15 - die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs des Antragstellers gegen die Allgemeinverfügung des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge betreffend Versammlungen in Heidenau vom 27. August 2015 wiederherzustellen,

Antragsteller: Michael F. [REDACTED]
[REDACTED]

- Bevollmächtigter: Felser Rechtsanwälte und Fachanwälte,
Uhlstraße 19 - 23, 50321 Brühl -,

hat die 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch
die Richter G [REDACTED],
M [REDACTED]
und die Richterin B [REDACTED]

gemäß § 32 Abs. 1 in Verbindung mit § 93d Abs. 2 BVerfGG in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473)
am 29. August 2015 einstimmig beschlossen:

1. Der Beschluss des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 28. August 2015 - 3 B 276/15 - wird aufgehoben.
2. Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs des Antragstellers gegen die versammlungsrechtliche Allgemeinverfügung des Landratsamtes des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge vom 27. August 2015 wird wiederhergestellt.
3. Der Freistaat Sachsen hat dem Antragsteller die notwendigen Auslagen zu erstatten.

Gründe:

1. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung hat Erfolg. Die vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Entscheidung nach § 32 Abs. 1 BVerfGG vorzunehmende Folgenabwägung (vgl. BVerfGE 71, 158 <161>; 88, 185 <186>; 91, 252 <257 f.>; stRspr) führt zu dem Ergebnis, dass die für den Erlass einer einstweiligen Anordnung sprechenden Gründe überwiegen. Das Bundesverfassungsgericht legt der Prüfung des Eilantrags insoweit die Tatsachenfeststellungen und Tatsachenwürdigungen in den angegriffenen Entscheidungen zugrunde. Etwas anderes wäre nur geboten, wenn die Tatsachenfeststellungen offensichtlich fehlsam sind oder die Tatsachenwürdigung unter Berücksichtigung der betroffenen Grundrechtsnormen offensichtlich nicht trägt (vgl. BVerfGE 110, 77 <87 f.>; 111, 147 <153>; BVerfGK 3, 97 <99>). Das ist hier nicht zu erkennen.

2. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist zulässig. Eine Verfassungsbeschwerde erscheint zum derzeitigen Zeitpunkt weder unzulässig noch offensichtlich unbegründet. Die verfassungsrechtliche Beurteilung der angegriffenen Entscheidung und hierbei auch der Frage, ob das Oberverwaltungsgericht im Lichte des Art. 8 Abs. 1 GG das Begehren des Antragstellers ohne gerichtlichen Hinweis oder Rückfrage dahingehend auslegen durfte, dass dieser nur am gestrigen Freitag an einer Versammlung in Heidenau hat teilnehmen wollen, ist im Eilverfahren nicht möglich. Über den Antrag auf einstweilige Anordnung ist deshalb

nach Maßgabe einer Folgenabwägung zu entscheiden. Diese fällt zugunsten des Antragstellers aus.

3. Ergeht eine einstweilige Anordnung nicht und bleibt das durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts fortbestehende Versammlungsverbot in Kraft, hätte eine Verfassungsbeschwerde aber später Erfolg, so wäre das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in einem zeitlich wie örtlich eng durch aktuelle Ereignisse gebundenen Kontext zu Unrecht außer Kraft gesetzt. Ergeht demgegenüber eine einstweilige Anordnung und wird die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vorläufig außer Kraft gesetzt, erwiese sich eine Verfassungsbeschwerde später aber als unbegründet, könnten die in Heidenau geplanten Versammlungen des gesamten Wochenendes auf der Grundlage der erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Entscheidung stattfinden, obwohl der Antragsteller im Verfahren vor den Fachgerichten nur die Teilnahme an einer Veranstaltung am gestrigen Freitag konkret geltend gemacht hat; der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wäre aufgrund einer prozessual fehlerhaften Entscheidung gehalten gewesen, entgegen dem von ihm erlassenen, anderweitig nicht angegriffenen Versammlungsverbot die Ausübung der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

Vorliegend wöge das Verbot von Versammlungen im gesamten Gebiet der Stadt Heidenau für das anstehende Wochenende schwer. Die Möglichkeit, an Versammlungen teilzunehmen und hierdurch an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken, wäre durch das Verbot in einem zeitlich wie örtlich eng durch aktuelle Ereignisse gebundenen Kontext außer Kraft gesetzt. Aufgrund der Geschehnisse der jüngeren Zeit und der aktuellen Medienberichterstattung kommt der Stadt Heidenau für das derzeit politisch intensiv diskutierte Thema des Umgangs mit Flüchtlingen in Deutschland und Europa besondere Bedeutung zu. Das für viele Bürgerinnen und Bürger von Erwerbstätigkeit freie Wochenende ist oftmals die einzige Möglichkeit, sich am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung durch ein „Sich-Versammeln“ zu beteiligen und im Wortsinne „Stellung zu beziehen“. Insoweit gewährleistet Art. 8 Abs. 1 GG das Recht, selbst zu bestimmen, wann und unter welchen Modalitäten eine Versammlung stattfinden soll und ob man an dieser teilzunehmen gedenkt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden können, ob, wann und wo sie ihr Anliegen - gegebenenfalls, aber nicht notwendig auch mit Blick auf Bezüge zu bestimmten Orten oder Einrichtungen - zur Geltung bringen wollen (vgl. BVerfGE 69, 315 <343>; 128, 226 <250 f.>).

Demgegenüber ist eine gleichwertige Beeinträchtigung von der Versammlungsfreiheit entgegenstehenden Interessen im Fall einer nach späterer Erkenntnis zu Unrecht ergangenen einstweiligen Anordnung nicht ersichtlich. Die Aufhebung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts führt dazu, dass der Antragsteller von seinem Grundrecht der Versammlungsfreiheit Gebrauch machen kann, obgleich das Gericht eine diesbezügliche Antragsbefugnis mangels entsprechenden Vortrags nicht hat erkennen können. Hinsichtlich der staatlich zu gewährleistenden Ausübung der Versammlungsfreiheit hat das Verwaltungsgericht einen polizeilichen Notstand nicht feststellen können. Gleiches gilt für das Oberverwaltungsgericht mit Blick auf die Veranstaltung des gestrigen Tages unter dem Motto „Dresden Nazifrei“. Dafür, dass auch unter Berücksichtigung von polizeilicher Unterstützung durch die anderen Länder und den Bund, deren Bereitstellung soweit ersichtlich nicht in Frage gestellt wird, jede Durchführung von Versammlungen in Heidenau für das ganz Wochenende zu einem nicht beherrschbaren Notstand führt, ist auch sonst substantiiert nichts erkennbar.

Durch den Erlass der einstweiligen Anordnung bleibt die Befugnis der zuständigen Behörden unberührt, nach Maßgabe der versammlungsrechtlichen Maßgaben begrenzende Anordnungen im Einzelfall zu treffen.

4. Die Entscheidung über die Erstattung der Auslagen beruht auf § 34a Abs. 3 BVerfGG.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

G ■■■

M ■■■

B ■■■